

Allem deshalb, weil die bisherigen Bearbeiter mit unklaren oder unrichtigen Vorstellungen vom Wesen des ständischen Staates an ihre Aufgabe herantraten.

Es ist eine Freude für den Recensenten, ein so treffliches Werk anzuzeigen. Möge dasselbe einen grossen Leserkreis finden; es gehört zu den Büchern, die eigentlich jeder Jurist und Historiker lesen sollte.

Tübingen.

S. Rietschel.

R. Eberstadt, Das französische Gewerberecht und die Schaffung staatlicher Gesetzgebung und Verwaltung in Frankreich vom dreizehnten Jahrhundert bis 1581. Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der vollkommenen Staatsgewalt. (Schmollers Forschungen Band XVII, 2 459 u. VII Seiten.)

Der Verfasser hat sich die Aufgabe gestellt, die Geschichte des französischen Gewerberechts bis zum Ausgange des Mittelalters zu verfolgen. Im 13. Jahrhundert sind die Verbände der Handwerker Schöpfer des materiellen Gewerberechts (S. 149). Dann schiebt sich seit dem 14. Jahrhundert die königliche Gewalt auf allen Gebieten ein. Die Entwicklung endet gegen Ausgang des 16. Jahrhunderts mit dem vollen Siege des königlichen Beamtenthums. Die ständischen Körperschaften gehen ihres unabhängigen Rechtes verlustig, werden aber vom Staate bestehen gelassen, um die Verwaltungsfunktionen fortzuführen (S. 384). Diese Entwicklung hat der Verfasser an der Hand eines umfassenden urkundlichen Materials trefflich geschildert. Besonders gelungen ist die Hervorhebung der Bedeutung des mittelalterlichen Zeichenrechtes im Zusammenhang mit der präventiven Gewerbepolizei des Mittelalters und ihrer Schau (S. 102 ff., S. 186 ff.). In einem Anhang erweist der Verfasser die Verschiedenheit der römischen Zeichen von den mittelalterlichen; energisch wird gegen E. Mayer das Fehlen eines Zusammenhanges zwischen den römischen Collegien und den mittelalterlichen Zünften betont (S. 190 Anm. 4). Indem Eberstadt die französische Gewerbe-geschichte im Zusammenhang behandelt, kann er vor allem zu einer gerechteren Würdigung der Ordonnanz von 1351 und des Edictes von 1581 gelangen, als sie die bisherige Litteratur aufweist.

Der Verfasser bespricht im Einzelnen die Organisation des Gewerbes, das Finanzwesen, Technik und Betrieb, die Gewerbepolizei und die Gerichtsbarkeit und bringt dabei eine Fülle interessanter Einzeluntersuchungen, von denen ich besonders die Darstellung des Finanzwesens nach dem Livre des Métiers S. 47 ff. und die Untersuchung über die normännischen Kaltschmiede S. 259 ff. erwähnen möchte.

Können wir somit in dem Eberstadt'schen Buche eine vortreffliche Darstellung des französischen Gewerberechts im Mittelalter be-

grüssen, so dürfen wir doch an dieser Stelle einige Bedenken nicht verschweigen, die bei dem Lesen dieses Buches aufsteigen.

Der Verfasser hat bekanntlich in seinem „Magisterium und Fraternitas“ (Schmollers Forschungen Bd. XV, 2) die Auffassung Nitzsch's wieder aufgenommen und die Entwicklung einer Reihe von Handwerkerverbänden, der Magisterien, aus hofrechtlichen Aemtern behauptet. Diese Meinung hat in der Kritik lebhaften Widerspruch gefunden und die heftige Erwiderung, welche Eberstadt in einer neuen Schrift über den „Ursprung des Zunftwesens (S. 142 ff.) seinen Kritikern entgegenschleudert, scheint mir in vielem nicht glücklich zu sein. Es kann hier nicht die Aufgabe sein, näher auf diesen Streit einzugehen, nur soweit Eberstadt in dem von uns besprochenen Werke auf seine Auffassung zu sprechen kommt, ist dies nöthig.

Es ist das unbestreitbare Verdienst Eberstadt's, die Verschiedenheit der mittelalterlichen Handwerkerverbände betont und besonders das Wesen der alten Aemter erläutert zu haben. Nur darin dass er behauptet, es hier mit Bildungen privaten (Gewerberecht S. 125 Anm. 2), grundherrlichen Rechtes zu thun zu haben, können wir ihm nicht folgen. Der Umstand, dass manches Magisterium später nur noch als private Berechtigung fortlebt, kann hier nicht maßgebend sein, man müsste denn dem ganzen mittelalterlichen Lehnswesen den öffentlich-rechtlichen Charakter absprechen.

Den grundherrlichen Charakter der Magisterien glaubt Eberstadt besonders an einigen persönlichen Verpflichtungen der Handwerker nachweisen zu können. Dem ist besonders scharf von Rietschel (Hist. Vierteljahrsschr. III, 1 S. 119 ff.) widersprochen worden, Eberstadt hält aber auch in seinem „Gewerberecht“ daran fest, dass Wachtzins, Hausban und Gewerbekauf grundherrliche Abgaben seien (S. 84, 85). Zu dieser Meinung scheint Eberstadt dadurch geführt zu sein, dass diese Abgaben nur den altorganisirten Gewerben obliegen und dass sie zum grossen Theil ursprünglich naturalwirthschaftlichen Charakter tragen, wie die „Hufeisen“ und die „Gamaschen des Königs“. Aber war nicht auch der Zoll ursprünglich in natura zu leisten und könne Wachtspflicht und Frondienste (so deutet Eberstadt den halbannus richtig gegen E. Mayer, S. 76 ff. bes. S. 83 Anm. 2) nicht ebensogut dem Stadtherrn wie dem Grundherrn geschuldet werden? Vollends ist der Gewerbekauf, der die Ausübung des Gewerbes von obrigkeitlicher Genehmigung abhängig macht, doch nicht ohne Weiteres als grundherrliche Abgabe anzusprechen. Es liegt nahe, den Gewerbekauf mit den Lizenzen zu vergleichen. Sind nun etwa Gewerbe, deren Ausübung an die Zahlung einer Lizenz gebunden ist (z. B. das der Wirthe), darum grundherrlichen Charakters? Und wenn wir dem Gewerbekauf Gewerbe unterworfen sehen, bei denen uns heute die Lizenzpflicht wunderlich erschiene (z. B. die Weber), so müssen wir bedenken, dass ja auch die Gewerbeschau im Mittelalter alle Gewerbe umfasste. Der Gewerbekauf allein berechnete in vielen Fällen noch nicht zur Ausübung des Gewerbes, daneben waren die Forderungen der Zunft zu erfüllen. Ich

sehe nicht ein, warum Eberstadt daraus auf den grundherrlichen Charakter der Abgabe schliesst (S. 85). Die Forderung der Zunft konnte sehr wohl neben der Forderung der Obrigkeit bestehen.

Als grundherrlich wird man lediglich solche Abgaben des Stadtherrn ansehen können, die nur von den Hörigen seiner Grundherrschaft zu leisten sind, nicht aber von den Hörigen anderer Grundherrschaften und nicht von denen, die auf Grund und Boden des Stadtherrn nach Stadtrecht angesiedelt sind. Wie steht es in der Beziehung mit dem Pariser Hauban und Gewerbekauf?

Wir erfahren (vgl. Magist. und Frat. S. 79), dass in Paris alle städtischen Bäcker ihr Gewerbe kaufen und den Hauban zahlen müssen mit Ausnahme der Bäcker einiger, nicht aller Pariser Grundherrschaften. Allein auch die Bäcker dieser Grundherrschaften können die Rechte der städtischen Bäcker erwerben, wenn sie das Gewerbe kaufen und den Hauban zahlen (*Livre des métiers* I, titre I, 1—3). Daraus ergibt sich, dass der König jedenfalls zur Zeit der Abfassung des *Livre des métiers* diese Abgaben nicht als Grundherr, sondern als Stadtherr erhob.

Allein Eberstadt erscheint nicht nur die finanzielle sondern auch die gerichtliche Abhängigkeit der alten Zünfte als grundherrlichen Ursprungs. Dem widerspricht es, wenn wir Gewerberecht S. 140 erfahren, dass nach dem *Livre des métiers* das Magisterium der Schmiede, über das ältere Nachrichten nicht vorliegen, seine Gerichtsbarkeit auf alle Grundherrschaften von Paris ausdehnte und nur vor den Grenzen von S. Geneviève und S. Martin des Champs Halt machte. Daraus ergibt sich, dass der Magister kein grundherrlicher sondern ein Beamter des Stadtherrn war.

Es mag zugegeben werden, dass die Magisterien auf einer Organisation des Handwerks durch die Obrigkeit beruhen. Der Stadtherr handelte hier aber als solcher, in Anlehnung — kann man höchstens sagen — an die Einrichtungen der Grundherrschaft. Das Entscheidende der Entwicklung sieht auch Eberstadt darin, dass die Handwerker ihre Einrichtungen aus eigenem Recht weiterbildeten, mögen sie nun die alten Formen umbilden oder Neues schaffen (vgl. S. 382, die Umkehrungen im öffentlichen Recht).

Wie über die Entstehung der Zunft kann man mit dem Verfasser verschiedener Meinung sein über die Bedeutung der Zunft und die Gründe ihres Untergangs. Der Verfasser sieht in der Zunft vor Allem eine öffentlich-rechtliche Bildung, ihre ständische Selbständigkeit wird vom Staate zertrümmert. Die wirtschaftlichen Eigenthümlichkeiten der Zunft stehen dem Verfasser in zweiter Linie (S. 3, 4, S. 371). Und doch hat man in dem Zwangsrecht der Zunft gegen die Stadtfremden, gegen die Unzünftigen und gegen die Zunftgenossen das Wesen der Zunft zu erblicken. Dem steht nicht entgegen, dass viele Zünfte es nicht zu so vollkommener Organisation brachten, losere Verbände blieben, und dass die Durchführung dieses Zwanges den Zünften niemals ganz gelang (S. 42 ff.). Das Ziel, durch die Zunftorganisation die

Produktionsverhältnisse in einer die Zunftgenossen begünstigenden Weise zu regeln, ist überall das treibende (vgl. z. B. für Genua, Caro, Genua und die Mächte am Mittelmeer 1257—1311 I, S. 82 ff.). Deshalb war mit dem Siege des Königthums über das Selbstbestimmungsrecht der Zunft die Zunft auch nur auf einen andern Rechtsboden gestellt, die wirtschaftliche Bedeutung ihrer monopolistischen Wirthschaftsweise blieb bestehen. Und gegen diese richteten sich die Angriffe im 18. Jahrhundert. Eberstadt weist selbst darauf hin, wie die eintretende Verschiedenheit in der Lage der einzelnen Meister, die Ausbildung des Gesellenstandes, das Aufkommen neuer Gewerbe, die wachsende Bedeutung der kaufmännischen Thätigkeit die Grundlagen der alten Zunft zersetzten. Mit der Ausbildung des Capitalismus, der freilich bis zu einem gewissen Grade sich in den Schranken der Zunft entwickeln konnte (S. 93, 95 f.), trat die Gewerbefreiheit an Stelle der zünftlerischen Beschränkungen der Production.

Zum Schluss sei noch auf eine allgemeinere Ansicht hingewiesen, die Eberstadt S. 374 ff. vertritt. Jac. Burckhardt und Andere haben den modernen Individualismus, wie er sich in Italien zuerst ausbildete, in Gegensatz gestellt zu der Gebundenheit des Individuums im Mittelalter. Dem gegenüber will Eberstadt im Mittelalter eine Zeit sehen, in der das Individuum wie in keiner anderen Berücksichtigung fand. In dieser Allgemeinheit ist diese Behauptung jedenfalls zurückzuweisen, die Schranken, innerhalb deren das Individuum sich bethätigen konnte, waren im Mittelalter enger als heute. Das schliesst nicht aus, dass innerhalb dieser engeren Schranken z. B. auf dem Gebiete der Baukunst der Einzelne seine Individualität vielleicht glücklicher bethätigen konnte als heutzutage.

Heinr. Sieveking.

Henri Rolin, L'abordage, étude d'histoire du droit et de droit comparé. Bruxelles. Alfred Castaigne, éditeur. 1899. 8°. VIII und 247 S.

Ueber die rechtlichen Folgen des Zusammenstosses von Seeschiffen ist in jüngster Zeit eine ganze Litteratur entstanden, die der Verfasser im Eingange seines Werkes (vgl. auch die Citate auf S. 116. 169. 186. 211) zusammenstellt. Darf man schon allgemein das Seerecht als ein international sich entwickelndes Recht bezeichnen, so liegt es aus leicht begreiflichen Gründen ganz besonders im Interesse der seefahrenden Völker, die Lehre vom Zusammenstoss der Schiffe einheitlich auszugestalten. Noch ist die Entwicklung nicht abgeschlossen, und immer von neuem taucht auf den Kongressen für internationales Recht das Thema des abordage auf. Aber neben diesem legislativen Interesse, dem der Verfasser im zweiten Theile seiner Arbeit durch ausführliche Erörterung der neuesten Gesetzgebungen und der Bestrebungen für das Zukunftsrecht gerecht wird, bietet die Lehre vom abordage auch für